

# ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums

## ITALIEN

### Riace: Ein neuer Wind

**Die letzten Monate waren alles andere als einfach für das Dorf Riace und seinen Bürgermeister «im Exil» Domenico Lucano. Der Bürgermeister hat noch immer nicht das Recht, in sein Dorf zurückzukehren, und er bleibt weiterhin aus rechtlich fadenscheinigen Gründen verbannt.**

Diese Wunden werden nicht so schnell vernarben. Die neue italienische Regierung ist inzwischen offen rassistisch. Das grobschlächtige Auftreten von Innenminister Salvini sowie sein neues Sicherheitsgesetz, das schwerlich noch mit einer demokratischen Verfassung vereinbar ist, sind der traurige Beweis dafür.

Das kleine Dorf Riace wird trotz aller Schwierigkeiten seiner Idee treu bleiben, einer Welt, in der Solidarität und menschlicher Empfang offenbar nichts mehr gelten, etwas anderes entgegensetzen. Das Dorf ist nicht allein. Der Sturm, dem es ausgesetzt war, hat eine riesige Welle der Solidarität aus Italien aber auch von ausserhalb ausgelöst. Riace hat eine Lücke in der Mauer der Festung Europa geöffnet, aber auch in der Mauer, welche gewisse Medien unaufföhrlich in unseren Köpfen errichten wollen, indem sie Flüchtende stets als Gefahr und Invasoren bezeichnen und nicht mehr als Menschen. Mauern, die inzwischen fatal geworden sind und kaum noch zu überwinden, tödliche Mauern aus Stacheldraht, Wüste und Meer. *«Wir wollen einfach nur menschlich und offen bleiben».* Diese Botschaft von Domenico Lucano wurde von vielen Menschen, die sich gegen die neue Barbarei der Abschreckung wenden, aufgegriffen, sie ist weit über die Grenzen Italiens hinaus auf Resonanz gestossen.

#### Gründung einer Stiftung

Wie kann Riace ohne Subventionen und Unterstützung der rassistischen Herren aus Rom weiterhin Flüchtlinge aufnehmen? Die Solidarität aus ganz Europa kann hier viel beitragen, aber man muss weiterhin geduldig sein, den richtigen Weg finden und Schritt

für Schritt vorgehen. Die handwerklichen Aktivitäten könnten verstärkt aufgenommen werden, ein solidarischer Tourismus könnte das Dorf wirtschaftlich und menschlich beleben. Dies ist die Herausforderung, der sich eine Gruppe um den Bürgermeister Domenico Lucano stellen will. Als einer der ersten Schritte soll eine Stiftung mit dem Namen «E' stato il vento» (Es war der Wind) gegründet werden. Der Name der Stiftung weist darauf hin, dass es vor zwanzig Jahren reiner Zufall war, dass Riace zu seiner Bestimmung gekommen ist. Damals wurde nämlich eine Barke mit kurdischen Flüchtlingen durch den Wind vom Kurs abgetrieben und vor die Küste Riaces gespölt. Das Gründungskomitee der Stiftung wurde am 12. Januar anlässlich einer Pressekonferenz im Dorf Caulonia unweit von Riace, in dem der verbannte Bürgermeister momentan wohnt, der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie soll in den nächsten Monaten als juristische Person gegründet werden und wird vor Ort die Unterstützungsbeiträge,

welche in und ausserhalb Italiens gesammelt werden, verwalten. Eine weitere Aufgabe des Vorstandes der Stiftung wird der Aufbau und die Begleitung der Kerngruppe in Riace sein, welche die zukünftigen Aktivitäten und Projekte in Riace in die Hand nimmt. Im Vorstand der Stiftung werden folgende Personen vertreten sein: Gianfranco Schiavone, der federführend an der Ausarbeitung des Flüchtlingsprogramms Italiens beteiligt war, welches jetzt von Innenminister Salvini wieder eingestellt wird. Eine weitere seit langer Zeit engagierte Person ist Chiara Sasso, nationale Koordinatorin des «Verbandes der Solidarischen Gemeinden» Italiens. Alex Zanottelli hat sich als Missionar der Kongregation der Combonianer sein Leben lang der Solidarität mit den Schwächsten gewidmet. Barbara Vecchio wird als Vertreterin des Europäischen BürgerInnenforums, welches seit zwanzig Jahren in Zusammenarbeit mit der Kooperative Longo ma' dieses Projekt begleitet, Einsitz nehmen. Zusätzlich sind zwei Magistraten vertreten: Emilio Sirianni von den «Demokratischen Magistraten in Kalabrien» und Livio Pepino, Magistrat aus dem Piemont. Auch dabei ist Giuseppe Lavorato, der ehemalige Bürgermeister von Rosarno, welcher in seinem Ort stets auf Seiten der Migrant-inn-en stand, welche unter dem Druck der Mafia unter schwierigsten Bedingungen in der Landwirtschaft arbeiten.

AZB 4001 Basel  
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel

#### Perspektiven

Nächster Schritt ist eine Bestandsaufnahme der möglichen Aktivitäten. Potenziale gibt es in der Holzverarbeitung, der Keramik, der Glasmanufaktur und einem Webatelier. Weitere Bereiche sind die Fabrikation von Schokolade und die Inbetriebnahme einer Olivenölpresse. Auch der didaktische Bauernhof, das Restaurant und der solidarische Tourismus bieten Möglichkeiten. Eine wichtige Aufgabe ist ebenfalls der Abbau des Schuldenberges, welcher sich seit dem Einstellen der Auszahlung der zugesagten Subventionen vor zwei Jahren angehäuft hat.

Wie man sieht, wird es nicht an Arbeit fehlen, es wird nicht einfach sein und es braucht Geduld und Zeit. Aber Riace ist bereit, wieder auf die Beine zu kommen, auch gegen den Strom. Wir hoffen, dass der gute Wind, der vor zwanzig Jahre das kurdische Flüchtlingssschiff vor die Küste Riace getrieben hat, auch weiterhin weht, den vielen Menschen, die sich für Migrant-inn-en engagieren, den Rücken stärkt und frische Luft in die stickige Atmosphäre der Festung Europa bringt.

Barbara und Hannes, EBF



Mark Di Suvero, *Che Faro Senza Euridici*, 1959-60

# Am Schengenrand

**Beim Versuch, die bosnisch-kroatische Grenze zu überschreiten, werden Menschen auf der Flucht von der kroatischen Polizei zusammengeschlagen und zurück nach Bosnien getrieben.**

Seit dem Sommer 2018 hat sich die Situation entlang der Grenze zugespitzt. Bosnien ist ein armes Land und es gibt nur wenig staatliche Unterstützung. Die Flüchtlingslager sind überfüllt, die grossen Hilfsorganisationen versagen in vielerlei Hinsicht. Allein in Velika Kladuša, einer Grenzstadt mit 40'000 Einwohner:innen im Nordwesten Bosniens, etwa 100 km südlich von Zagreb, befinden sich etwa 1'000 Menschen aus Pakistan, Syrien, Irak, Afghanistan und vielen weiteren Kriegs- und Krisengebieten, überwiegend junge Männer. Kroatien ist seit 2013 Mitglied der EU, will dem Schengenraum beitreten und nun scheinbar zeigen, wie gut es die EU-Aussengrenze bewacht.

Nach der Schliessung der Balkanroute und dem EU-Türkei-Flüchtlingsdeal im Jahr 2016 sind viele Menschen weiterhin unterwegs, kommen über Griechenland, Albanien und Montenegro und stranden in Serbien und Bosnien. Im Jahr 2018 registrierten die bosnischen Behörden bis Anfang November 21'000 Ankünfte. Was das bedeutet, erfahren gerade zwei junge Frauen von einem befreundeten Hofkollektiv in Österreich. Mira und Lie brachen Anfang Januar 2019 nach Velika Kladuša auf, um während sechs Wochen mit den Freiwilligen und der engagierten lokalen Bevölkerung zu arbeiten, welche die Flüchtlinge an der bosnisch-kroatischen Grenze unterstützen.

Mira und Lie berichten aus Velika Kladuša: *«Seit Frühsommer 2018 sind hier immer mehr Menschen angekommen. In der Stadt engagiert sich seit März 2018 eine Gruppe unabhängiger Freiwilliger im S.O.S Team Kladuša. Besonders die lokale Bevölkerung trägt wesentlich zur humanitären Unterstützung der Menschen in Not bei. Momentan verschärft sich die Situation, nicht zuletzt wegen der winterlichen Temperaturen, auch die Gewalt seitens der Polizei nimmt immer mehr zu. In den letzten Monaten ist es vor allem die kroatische Polizei, die bei sogenannten «Push backs» die flüchtenden Menschen verprügelt, ihre Handys zerstört, Geld stiehlt, Jacken und Schuhe verbrennt. Seit einigen Tagen wird auch von Übergriffen seitens der bosnischen Po-*

*lizei berichtet.»* Die Flüchtenden nennen es «The game», manche haben das Überschreiten der Grenze schon 20 oder 30 Mal versucht. Die britische Tageszeitung «The Guardian» berichtete im August 2018 über die menschenrechtswidrigen «Push backs» der kroatischen Polizei. Der Guardian machte zahlreiche Interviews in Velika Kladuša und Bihac, alle erzählten Ähnliches. Mitte November tauchte erstmals Videomaterial auf: Ein junger Mann aus Syrien hatte sich im Wald nahe der Grenze versteckt und gefilmt, wie die kroatische Polizei eine Gruppe Flüchtlinge brutal und systematisch verprügelte. Sie verwendet dafür regelmässig eiserne Schlagstöcke. Die Szenen in dem Video decken sich mit den Berichten von bosnischen NGOs. Auf Anfrage des Guardian gab das kroatische Innenministerium bekannt: *«Die Polizei respektiert immer die Würde und die Grundrechte der Migranten.»* Die Gewalt gehe von den Migranten selbst aus.

## Das Miral-Lager

In der leerstehenden Fabrik Miral, 50 Gehminuten von der Stadt entfernt, sind derzeit ca. 800 Leute untergebracht. Das von der EU-Kommission finanzierte Lager wurde Ende November 2018 eingerichtet und wird von der Internationalen Organisation für Migration, IOM, geführt. In grossen Hallen aus Beton stehen Betten in Reihen dicht an dicht, dazwischen bleiben Gänge frei. Mira und Lie berichten weiter: *«Die Menschen, die dort untergebracht sind, berichten von untragbaren Zuständen. Es gibt viele Konflikte, keinerlei Privatsphäre, keine ausreichende Versorgung und viel zu wenige Duschen. Anscheinend stehen für 800 Menschen täglich nur 70 Liter Heisswasser zur Verfügung. Die Krätze breitet sich epidemisch aus und kann unter diesen miserablen hygienischen Bedingungen auch gar nicht eingedämmt werden. Die Menschen haben keine Möglichkeit, ihre Kleider zu waschen.»*

«Ärzte ohne Grenzen» bezeichnet die Verhältnisse als eine *«unzumutbare humanitäre Situation»*. Ähnliche Zustände herrschen in anderen Lagern des IOM in Bosnien und Serbien. In Bihac, einer Grenzstadt südlich

von Velika Kladuša, hausen mehr als 2'000 Flüchtlinge in einer alten Lagerhalle. Die Lager sind eingezäunt, meist mit Nato-Stacheldraht versehen, und werden bewacht. Die Ausgangszeiten werden sehr restriktiv gehandhabt. Wer zu spät kommt, verliert seinen Schlafplatz. Alle, die in den überfüllten Lagern nicht unterkommen können, leben auf der Strasse, in Zelten, unter improvisierten Plastikplanen oder in leerstehenden Gebäuden, derzeit bei Minustemperaturen und Schnee.

Mira und Lie erzählen dazu: *«Die Lücke, die es hier zu schliessen gilt, ist riesig. Die kleine Gruppe Freiwilliger vom S.O.S Team Kladuša, wo wir mitarbeiten, hat in den letzten Monaten Unglaubliches geleistet. Die Aufgaben sind vielfältig: In einem früheren Restaurant kochen und servieren Kriegsveteranen aus dem Ort seit Februar 2018 jeden Tag kostenloses Mittagessen für 400 Menschen. Im unteren Stock des Restaurants gibt es einen Freeshop, in dem täglich um die 70 Personen unentgeltlich Kleider und Schuhe bekommen. Wir arbeiten derzeit hauptsächlich im Freeshop. Wir haben ein Registrierungs- und Punktesystem eingeführt, um zu verhindern, dass wir zu schnell keine Kleidung mehr haben. Ausserhalb des Punktesystems bekommt jede:r im Winter Thermo-Unterwäsche und Socken, die wir vom gespendeten Geld einkaufen. Zwischen den Öffnungszeiten ist auch Zeit für*

*Notfälle, also für Personen, die noch nicht registriert sind.»*

Seit letztem Sommer bietet das S.O.S Team Kladuša ausserdem regelmässig Erste Hilfe in einem leerstehenden Café an. In der kleinen Ambulanz werden täglich um die 60 Personen behandelt. Die NGO finanziert ihre Tätigkeiten mit Spenden von Privatpersonen, Organisationen und Vereinen und nimmt Sachspenden entgegen.

Die Belgrader NGO *NoName-Kitchen*, NNK, unterhält Anlaufstellen für Flüchtlinge in Serbien, Bosnien und Italien. Sie dokumentiert Polizeigewalt und veröffentlicht diese Berichte auf ihrer Webseite. In Velika Kladuša stellte NNK Duschcontainer, Kleider und Feuerholz für Menschen auf der Flucht zur Verfügung. Die Polizei untersagte der NNK vor kurzem diese humanitäre Tätigkeit in der Stadt. Das ist die Realität vor den Toren der Festung Europa, der Alltag auf der Balkanroute, auf deren gelungene Schliessung der österreichische Bundeskanzler und sein rechtsextremer Koalitionspartner immer wieder mit Stolz verweisen. Was die bosnische Bevölkerung zu all dem zu sagen hat, steht im Brief von AYS an die europäische Zivilgesellschaft, den wir hier abdrucken.

Heike Schiebeck, Longo maï

Quellen:  
The Guardian, 13.8.18 und 14.11.18  
[www.nonamekitchen.org/en/](http://www.nonamekitchen.org/en/)  
[www.borderviolence.eu](http://www.borderviolence.eu)  
Mehr Informationen von Mira und Lie unter <https://schwalbe.noblogs.org>

## Appel an die europäische Zivilgesellschaft

**Die Politik der geschlossenen Grenzen birgt die Gefahr des Faschismus.**

**Brief von der Peripherie an die Zivilgesellschaft der EU.**

Wir, die Verteidiger:innen der Menschenrechte und Bürger:innen der Länder, die an den Rand der EU und des Schengenraums verwiesen wurden, möchten unsere tiefe Besorgnis über die derzeitige Situation ausdrücken, in der wir das Aufkommen des Faschismus und den Niedergang der Grundrechte sehen, z.B. auf Personenfreizügigkeit und Asyl. Die Nachsicht und Akzeptanz gegenüber dem Aufstieg der extremen Rechten in europäischen Ländern verschlechtert die Lage der Menschen auf der Flucht und gefährdet ihr Leben. Die Grundwerte der EU sind Achtung der Menschenrechte und -würde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit

und Rechtsstaatlichkeit. Dieser Anspruch war schon in den letzten Jahren fraglich, im Jahr 2018 hat er jegliche Berechtigung verloren.

Wir gehen davon aus, dass die Regierungen der Staaten, die an die EU grenzen, im Einklang mit Brüssel handeln. Viele von uns kommen aus dem vom Krieg zerrütteten Ex-Jugoslawien. Die Untätigkeit unserer Behörden, die Übergriffe und die Gewalt gegen Menschen auf der Flucht in unseren Ländern wollen wir keineswegs schönreden. Wir nutzen alle legalen und politischen Möglichkeiten, um dagegen anzugehen. Wir möchten jedoch darauf hinweisen, dass es die EU

und ihre Funktionsweise ist, die dieses Vorgehen erst rechtfertigt und ermöglicht.

- Wir nutzen den Beginn des neuen Jahres dazu, um an alle Bürger:innen der EU-Mitgliedsstaaten und an jene, die es werden möchten, zu appellieren, dass sie die Grundwerte der EU verteidigen und diese in ihren Ländern umsetzen.

- Wir rufen die EU-Bürger:innen auf, Zivilcourage zu zeigen, damit der Widerstand stärker wird als die Grenzen, welche die Regierungen schliessen.

- Wir rufen die EU-Bürger:innen auf, Widerstand gegen Gewalt an Menschen auf der Flucht zu leisten und gegen Behördenvertreter:innen, Individuen oder Gruppen aufzustehen, die universelle Grundrechte missachten.

- Heute wird Gewalt gegen Menschen angewendet, die von einem besseren Leben in der EU träumen, morgen werden die Bewohner:innen der Mitgliedsstaaten, ihre Freund:innen und Verwandten dieselben Erfahrungen machen aufgrund von anderen Eigenschaften, die als Grund für Diskriminierungen herhalten müssen.

Wir haben das unerfreuliche Privileg, Kriege sowie schwierige Nachkriegsjahre selbst erlebt zu haben. Aufgrund dieser Erfahrungen möchten wir warnen: Die Art, wie die EU-Bürokratie derzeit handelt, erinnert uns an das Vorgehen, das die Auflösung der Sozialistischen Bundesrepublik Jugoslawien und die folgenden Kriege mitermöglichte. (...)

Da es keinen legalen Weg mehr gibt, in die EU zu gelangen oder internationalen Schutz an ihren Grenzen zu bekommen, gedeiht das Geschäft von Schleppern, während jene, die ihre Grundrechte suchen, ignoriert, misshandelt und kriminalisiert werden. (...)

Wir möchten vor einer erneuten Zerstörung der Humanität warnen. Die Politik der Grenzschiessung, der Ermutigung zu Gewalt und Missachtung der Menschenrechte fördert die Gefahr des Faschismus.

- Deshalb rufen wir die Bürger:innen der EU dazu auf, Zivilcourage und Solidarität mit den Menschen, die unterwegs sind, zu zeigen. Fordert von euren Regierungen, die Menschenrechte einzuhalten. Der Druck muss von eurer Präsenz auf den Strassen, eurer Fürsprache, von Petitionen und Aktionen ausgehen, die ihr initiiert, um die EU zu ändern. (...)

- Wir rufen auch die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten auf, ihre derzeitige Politik zu überdenken: die der geschlossenen Grenzen und der Bezahlung von Nicht-

EU-Staaten für verschärfte Grenzkontrollen, die demokratischen Prinzipien widersprechen. Indem erstere dies tun, ermöglichen sie die Herausbildung von autoritären Regimen an der Peripherie Europas und darüber hinaus als auch innerhalb der EU mehr Macht für rechtsextreme Politik, indem sie sie legitimieren.

Diese Politik befürwortet Gewalt gegen Menschen an den EU-Aussengrenzen. Unabhängige Berichte und zahlreiche Zeugenaussagen dokumentieren, dass Menschen geschlagen, gefoltert, sexuell belästigt, beschimpft und gedemütigt werden – von repressiven Regierungen, Grenzschutzwachen und Polizisten von EU-Mitgliedsstaaten. Falls jene, die derzeit in den Hauptstädten der EU die Entscheidungen treffen, ihre Politik nicht überdenken, werden sie in die Geschichte eingehen als Schuldige am Untergang der universellen Menschenrechte, der Grundwerte und der Menschenwürde.

Im Mai 2019 finden die Wahlen zum Europa-Parlament statt. Das bietet eine begrenzte Möglichkeit, um zu handeln und das sinkende Schiff auf einen anderen Kurs zu bringen. Niemand wird an unserer Stelle die Richtung ändern! Als Bürger:innen der EU-Länder und solcher, die es werden möchten, müssen wir unsere zivilgesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen und eine Änderung fordern – von unseren eigenen Regierungen und den EU-Institutionen. Wo Regierungen versagen, muss die Zivilgesellschaft handeln. Den Europäer:innen ist die Zeit des Faschismus noch schmerzlich in Erinnerung. Sie kennen aber auch die integrierende Kraft der Solidarität. (...)

Unser zivilgesellschaftlicher Druck kann vielfältig sein, er führt aber nur zum Erfolg, wenn er stetig, massiv und breit genug ist. Deshalb zählt jede Stimme und jede Aktion. Die europäischen Bürger:innen dürfen jetzt nicht schweigen, wie schon so oft in der Geschichte.

*Are You Syrious (AYS)*<sup>1</sup>  
Mostar, Bosnien-Herzegowina,  
4. Januar 2019

1. Den oben abgedruckten Brief schickte uns in voller Länge das Freiwilligen-Kollektiv «Are You Syrious»- Kroatien (AYS), der wichtigste Nachrichtendienst in Flüchtlingsfragen und dessen Koordinationsstelle auf dem Balkan. Zahlreiche Personen haben den Brief unterschrieben.  
Mehr Informationen: <https://medium.com/are-you-syrious>

## POLEN

# Die «rot-weiße Stadt»

**Anlässlich des 100. Jahrestages der Unabhängigkeit Polens folgten 200'000 Nationalist:innen und Faschist:innen dem Aufruf zu einem «gemeinsamen Marsch» durch Warschau.**

Schon am frühen Morgen des 11. November 2018 versinkt Warschau in einem Fahnenmeer. Von überall her strömen die Menschen auf die Aleje-Jerozolimskie-Strasse im Stadtzentrum. Sie folgen dem Aufruf der national-konservativen Regierung<sup>1</sup> und rechtsradikalen Gruppen<sup>2</sup>. Wegen Sicherheitsbedenken hatte Hanna Beata Gronkiewicz-Waltz, Oberbürgermeisterin Warschaus, einige Tage vorher bekannt gegeben, den «Unabhängigkeitsmarsch» der Nationalist:innen dieses Jahr zu verbieten. Noch bevor das Gericht darüber entscheiden konnte, kündigte Präsident Duda jedoch einen eigenen «rot-weißen Marsch» an. Dieser sollte zur selben Zeit wie der Verbotene stattfinden. Da das Gericht letztendlich entschied, dass der Marsch der Rechtsextremen unter die Versammlungsfreiheit falle und somit das Verbot aufgehoben wurde, verhandelte die Regierung mit den rechtsextremen Gruppen. Es sollte nun ein «gemeinsamer Marsch» stattfinden. Ohne faschistische Symbole und «nur» unter der rot-weißen Nationalflagge. Das Bild für die Presse sollte nicht durch Transparente wie «Europa wird weiss oder entvölkert sein», welche auf der Kundgebung 2017 zu lesen waren, gestört werden.

Der Regierungsblock marschierte also voran und nach hundert Metern Abstand, getrennt durch Militär, folgte die Masse. Noch am frühen Abend standen Teilnehmer:innen auf dem nebeligen Auftaktplatz, viele alkoholisiert und mit brennenden Bengalos posierend, da durch die hohe Teilnehmer:innenzahl manche gar nicht loslaufen konnten. Feuerwerkskörper knallten und die Stimmung glich jener eines Blocks rechter Hooligans – doch das lag nicht nur an den rot-weißen Fussballschals, die viele der vor allem jungen Männer trugen.

## Enthüllung des Lech-Kaczyński-Denkmal

Schon am Vortag wurde die Stadt auf den kommenden Marsch vorbereitet. Absperrgitter wurden aufgestellt. Auf dem Platz der «Stare Miasto», dem neu aufgebauten historischen Stadtkern, konnte eine kostenlose Panzerausstellung besichtigt werden.

Kinder konnten Gewehre halten und Tourist:innen sowie Einheimische konnten vor einem der zehn Panzer Erinnerungsfotos mit Soldaten schießen. Um das Spektakel abzurunden, wurde zu später Stunde ein Denkmal für den ehemaligen Präsidenten Lech Kaczyński, der 2010 in Smolensk bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommen war, eingeweiht. Tausende Menschen strömten zum Pilsudski-Platz, auf dem ein Prozessionszug das Schauspiel abschloss. «Der Kult um Lech Kaczyński ist enorm», erzählten uns unsere Freund:innen. «Sein Bruder ist der Parteivorsitzende. Duda ist zwar Präsident, aber viele nennen ihn nur den ‚Stift‘. Er führt Befehle aus. In Wirklichkeit sitzt Kaczyński an der Macht.»

Wieder zurück von der parallel laufenden Gegendemo und etwas erschlagen von der Beobachtung des Marsches, dieser düsteren Realität, haben wir Janosh und Tadek interviewt, zwei Mitglieder der «Antifaschistischen Koalition», welche die Gegendemo mitorganisierte. Zwischen Bitternis und Hoffnung liefern sie uns hier ihre Analysen und Entschlüsse.

## Die antifaschistische Koalition

*Janosh:* Die antifaschistische Koalition gibt es etwa seit 2010.

*Tadek:* Es handelt sich um einen Zusammenschluss von formellen und informellen Gruppen aus dem weiteren linken Spektrum: Gewerkschaften, feministische Gruppen, Antifas, Anarchist:innen und Leute ohne Etikette. Wir arbeiten mit allen zusammen, die unsere Ziele und Gesichtspunkte teilen, aber mit keiner staatlichen Organisation und auch keiner Partei. Die Anarchist:innen sind die Aktivs-

1. Im Oktober 2015 wurde die Partei PiS (Recht und Gerechtigkeit) mit absoluter Mehrheit gewählt. Diese regiert zunehmend autoritär und baut Grundrechte ab. Siehe Archipel Nummer 258 «Anti-Terrorgesetz in Polen».

2. Unter anderem riefen Gruppen wie «Młodzież Wszechpolska» (Allpolnische Jugend) und «Oboz Narodowo-Radykalny» (Nationalradikales Lager) zu der Demonstration auf. Nach dem «Unabhängigkeitsmarsch» und in Hinsicht auf die Europawahlen haben mehrere Bewegungen sich im «Bund für die Republik» zusammengeschlossen. Neben den Obengenannten waren dies auch Kukiz '15 (eine «Anti-System-Partei») und «Ruch Narodowy» (Nationalbewegung). Das Ziel ist, den PiS zu schlagen, der als pro-europäisch und zu moderat bewertet wird.

ten in der Koalition, sie haben die wichtigste Rolle in den letzten Jahren gespielt. Aber die Koalition spiegelt unser aller Auffassung vom Antifaschismus wieder. Faschismus drückt sich aus in der Unterdrückung von Minderheiten, ob auf Geschlechterbasis, Klassenbasis, Rassenbasis, usw. Und deshalb meinen wir, der Widerstand muss mit allen unterdrückten Gruppen gemeinsam organisiert werden.

*J:* Ein Freund aus England besuchte mich mal vor ein paar Jahren. Wir gingen durch Warschau, an einem gewöhnlichen Tag, und er sagte mir, er habe noch nie einen so weissen Ort gesehen. Man sieht im Alltag tatsächlich sehr wenige dunkelhäutige Menschen auf der Strasse. Und um den 11. November, den Tag der Nation herum, ist es für die Menschen, die den Nationalist-inn-en ein Dorn im Auge sind, geradezu gefährlich, sich auf der Strasse blicken zu lassen.

*T:* Ich möchte hinzufügen, dass die meisten Zuwanderer in Polen aus dem ex-sowjetischen Raum kommen, sie sind Slawen und haben eher helle Haut. Viele Leute aus Weissrussland, Russland und der Ukraine nehmen an unseren Aktionen teil.

*J:* Seit einigen Jahren gibt es immer mehr Events in der polnischen LGBT- oder Queer-Szene<sup>3</sup>, und nicht nur in Warschau. In Lublin gab es einen Marsch für gleiche Rechte für alle. Die Gleichberechtigungs-Paraden in Warschau vereinen bis zu 20'000 Personen...

*T:* Aber es gab eben auch Angriffe gegen Leute aus der Queer-

Szene. Die Nationalist-inn-en haben Events gestört und versucht, sie zu unterbinden. Es wurden Synagogen und Kulturzentren der jüdischen Community angegriffen. Und was die weissrussischen und ukrainischen Minderheiten betrifft, die vor allem im Osten Polens vertreten sind, versuchen die Nationalist-inn-en dort, ein Klima des Hasses zu verbreiten. Sie organisieren zum Beispiel Märsche und Gedächtnisfeiern, wo sie die systematische Eliminierung der Antikommunist-inn-en nach dem Zweiten Weltkrieg zelebrieren.

### Die faschistischen Parteien und die PiS

*J:* Der Nationalismus hat eindeutig den Wind im Rücken, das merkt man nicht nur bei der Regierungspartei, der PiS. Wie wir es bei der Demo ja sehen konnten, gehen die Regierung und die Nationalist-inn-en Hand in Hand. Ähnlich wie in Ungarn, wo es auch eine rechtsextreme und eine faschistische Partei gibt. Die beiden Bewegungen versuchen, sich aneinander anzugleichen, und haben eine Art Romanze miteinander. Natürlich gibt es Spannungen, denn die Partei an der Macht will bloss nicht von rechts überholt werden! Aber man spürt auf verschiedenen Ebenen, wie die nationalistische Agenda hinter den körperlichen, rechtlichen und politischen Attacken auf Minderheiten steht.

*T:* Die derzeitige Regierung will zeigen, dass sie die Kontrolle behält, aber uns scheint es manchmal, als sehne sie sich geradezu danach, den Faschist-inn-en und Nationalist-inn-en die Macht zu überlassen. Im Übrigen verbreiten auch staatliche Medien die nationalistische Propaganda.

*J:* Diese ganze Propaganda, die ganzen Reden der Regierung, haben mitgeholfen, dieses Ungeheuer zu erschaffen. Und jetzt haben sie ein Problem damit und spielen sich wie die Garanten der nationalen Einheit auf. Die Regierung hätte gern nur rot-weiße Fahnen und Symbole auf der Demo gesehen, das hätten sie hübsch gefunden, aber letztendlich sind die Faschist-inn-en locker mit ihren eigenen Symbolen und Fahnen marschiert und die Regierung konnte nur noch wegschauen. Das ist wie bei Frankenstein, sie haben die Teile zusammengesetzt und jetzt ist das Monster lebendig und nicht mehr zu beherrschen.

### Der antifaschistische Kampf

*T:* Was den antifaschistischen Kampf betrifft, der wird natürlich umso wichtiger, je mehr Faschis-

Dies ist das erste Kapitel einer Serie über die politischen Kämpfe in Polen. Um die Eigenheiten des polnischen Kontextes deutlich zu machen, fanden wir es sinnvoll, nach kurzer Einführung zunächst zwei Personen das Wort zu überlassen, die sich seit Jahren in der Organisation einer antifaschistischen Demonstration engagieren. Letztere erreichte dieses Jahr eine bunt gemischte Teilnehmer-innenzahl von 4'000 Personen – was, obwohl es als Erfolg bezeichnet werden kann, leider noch weit davon entfernt ist, den hunderttausenden Nationalist-inn-en die Stirn zu bieten. Tiefer gehende Überlegungen sind vonnöten, um wieder Hoffnung für eine bessere Zukunft zu schöpfen. Dazu gehört eine feine Analyse der Situation, der lokalen wie internationalen Reaktionen und der Frage, was an diesem Beispiel europaweit als Modell dienen könnte. Weitere Berichte unserer Begegnungen mit Widerständigen und anderen Personen der polnischen Zivilgesellschaft werden folgen.

mus wir erleben. Einen Hoffnungsschimmer sehe ich darin, dass die liberalen Medien langsam beginnen, unsere Präsenz und unseren Kampf anzuerkennen. Wir werden langsam als Personen wahrgenommen, mit denen man diskutieren und gemeinsam handeln kann. In Polen wird, langsam aber sicher, immer mehr Menschen klar, was Antifaschismus bedeutet. Ich glaube, die antifaschistische Perspektive ist heute mehr denn je notwendig, wo die Liberalen immer noch meinen, sie könnten mit ihrem alten Programm gegen die populistische Rechte gewinnen. Wir glauben, dass daraus nichts wird, dass man den Ängsten der Menschen Rede und Antwort stehen muss, anstatt zu irgendeinem Normalzustand zurückkehren zu wollen.

*J:* Ich glaube, die Ereignisse vom 11. November erläutern das gut. Wir haben unseren Antifa-Marsch gemacht, aber wovon die Medien am meisten berichtet haben, das war eine Aktion zivilen Ungehorsams: Eine Gruppe ist neben dem faschistischen Zug her gelaufen mit einem Plakat, auf dem einfach «Grundgesetz» drauf stand. Der liberale Diskurs ist also, man muss zurück zum Rechtsstaat, das Grundgesetz existiert und es muss nur befolgt werden. Aber unser Marsch wur-

de von elf Gruppen gegründet, die keine rechtliche Existenz in diesem Land haben! Hundert Jahre nach der Unabhängigkeit sind diese Bevölkerungsgruppen immer noch nicht anerkannt: die LGBT, die Alten, die Personen mit eingeschränkter Mobilität, die Frauen, die religiösen Minderheiten, die Obdachlosen, die Arbeiter-innen und so weiter.

### Bedeutung des Antifa-Marsches

*J:* Schwer zu sagen, wie es weiter geht. Kommt darauf an, wie schnell wenigstens ein Teil der liberalen polnischen Gesellschaft zu der Erkenntnis kommt, dass ihre Reaktion dringend gefragt ist – und zwar nicht, dass sie die Regierung bittet, mal was zu tun, sondern dass sie den Arsch vom Sofa hochkriegt. Die liberale politische Klasse war so blind, dass sie selber einen speziellen Feiertag für diese rechtsextremen Gedenk-Events eingerichtet hat. Es klingt vielleicht merkwürdig für einen Anarchisten, hier die liberale Partei mit Hoffnung in Verbindung zu bringen... aber es geht nicht um die Partei. Ihre Aktionen zeigen den herrschenden Diskurs und die Verblendung der Journalist-inn-en und so vieler Menschen. Das Problem des Nationalismus ist so gross geworden, dass sofort reagiert werden

## Archipel

### Monatszeitung des Europäischen BürgerInnenforums

Februar 2019 - Nr. 278

#### Jahresabonnement:

11 Nummern, 60 sFr; 40 Euro  
Verlag, Herausgabe, Herstellung,  
Redaktion: Europ. BürgerInnenforum  
Verantwortliche Redakteurinnen:  
Joëlle Meunier, Constanze Warta  
Druck: Ropress Zürich  
forumcivique.org

#### Europäisches BürgerInnenforum Schweiz:

Postfach 1848, CH-4001 Basel  
Tel: 0041/61 262 01 11  
ch(a)forumcivique.org

#### Österreich:

Lobnik 16  
A-9135 Eisenkappel/Zelezna Kapla  
Tel: 0043/42 38 87 05  
at(a)forumcivique.org

#### Deutschland:

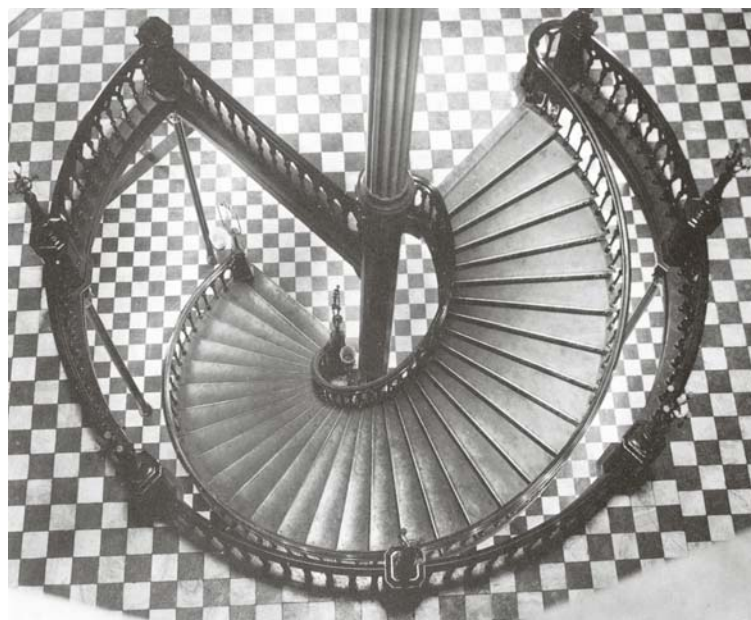
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf  
D-17159 Dargun  
Tel: 0049/39 959 23 881  
de(a)forumcivique.org

#### Frankreich:

St. Hyppolite  
F-04300 Limans  
Tel: 0033/4 92 73 05 98  
fr(a)forumcivique.org

#### Ukraine:

vul. Peremogi 70  
UKR-90440 Nijne Selischtsche  
Tel: 00380/31 42 512 20  
ua(a)forumcivique.org



Clarence John Laughlin, Le coqillage de fer, 1949

muss. Wir müssen uns alle gemeinsam organisieren. Alle, die weder Nationalist-inn-en noch Rassist-inn-en sind und mit denen sich eine minimale gemeinsame Basis finden lässt. Und wenn alle gemeinsam organisiert sind, müssen wir darauf hin arbeiten, das Ganze ein Stück weiter nach links zu ziehen. So muss es kommen. Wir müssen die Massen für einen effektiven Widerstand organisieren. Ich glaube, nur ein zivilgesellschaftlicher und massenhafter Widerstand kommt gegen den Faschismus an – und keine Parteienbewegung.

T: Meiner Meinung nach war unsere Demo zu klein. Aber ich weiss auch, dass die Bedingungen schwierig waren. Die Linke ist hierzulande sehr schwach und eigentlich immer in der Minderzahl. Die Medien sind entweder rechts, extrem rechts oder eben faschistisch. Alle Bedingungen sind gegeben, dass die Leute Scheisse im Kopf haben. Irgendwie müssen wir halt alles noch mal von vorne beginnen. Das Ganze kommt mir in etwa so vor wie Gemüseanbau in der Wüste. Über jede kleine Blüte musst du dich da erst mal freuen.

J: Es ist wichtig, zu verstehen, was wir mit diesem Marsch erreichen wollen. In dieser allgemeinen Atmosphäre der Angst und der faschistischen Auswüchse geht es uns darum, eine Gemeinschaft herzustellen, um den Leuten Mut und ein Gefühl der Zugehörigkeit zu geben und um auf diese Weise die antifaschistische Bewegung in Schwung zu bringen. Um diese Leute in unsere Kreise zu bringen, sie ein bisschen nach links zu bewegen und sie zu organisieren. Wenn man es so betrachtet, meine ich, der diesjährige Marsch war ein Erfolg, es waren mindestens so viele wie letztes Jahr dabei. Und mit der festlichen Art, wie wir die Demo gestalten, kommen die Leute doch mit mehr Hoffnung und Freude auf die Strasse – und das finde ich wichtig an so einem düsteren Tag, wo viele lieber gar nicht ihr Haus verlassen.

### Internationale Unterstützung

J: Was die Opferrolle des polnischen Volkes betrifft – ein Image, das die Regierung ja auch zu ihren Zwecken nutzt –, können wir doch nichts anderes tun, als weiter Menschen aller Länder einzuladen und zu zeigen, dass sie da sind, zu zeigen, dass die antifaschistische Koalition internationalistisch ist, und es so lange zu zeigen, bis sie es akzeptieren.

T: Natürlich schlachten die Medien und die Regierung diese Bil-

der von deutschen Antifas aus, die rüberkommen, um die Polen anzugreifen. Unsere erste Antwort ist, dass wir keine Nationalist-inn-en sind und uns die Grenzen insofern egal sind. Es ist eh so in Polen, wenn du Widerstand leistest: Entweder schimpfen sie dich einen Deutschen, oder einen Russen, und wenn nicht einen Russen, dann einen Juden, und wenn nicht einen Juden, dann eben einen Araber! Wir pfeifen darauf, wir sagen, sie werden sich daran gewöhnen müssen. Das ist auch total scheinheilig von den Faschist-inn-en, denn die laden selber ständig Bewegungen aus ganz Europa ein: *Forza Nuova* aus Italien, *Jobik* aus Ungarn, Neonazis aus Russland und der Ukraine, den *Front National* aus Frankreich. Und als die sich dann im Umzug begegnet sind, haben sie sich erst mal untereinander gekloppt wegen dem Donbass! Wenn wir unsere Freund-innen einladen, sind wir kohärent und solidarisch.

J: Wir brauchen internationale Unterstützung, aber es muss auch klar sein, dass die Dinge in Polen anders laufen als in Deutschland oder Frankreich. Man muss sehr aufpassen und sich mit den Leuten vor Ort absprechen. Wir meinen, dass internationale Solidarität ein Segen für uns ist, so schwach wie die Linke hier ist und so wenige wie wir nur sind. Jede Hilfe ist willkommen. Was man im Bewusstsein haben muss, ist zum Beispiel das Ungleichgewicht innerhalb Europas. In Frankreich kriegt eine Bedienung mehr Trinkgeld, als sie in Polen Gehalt kriegt. Jede materielle Unterstützung aus reicheren Ländern ist wichtig für uns. Manche fragen uns, warum wir seit Jahren nicht mehr unternommen haben. Die Wahrheit ist, dass es nur sehr wenige Personen sind, die sehr hart schufteten und organisieren, damit diese antifaschistischen Demos zustande kommen. Das wollte ich noch sagen, falls Leute in Paris, Berlin oder Athen sich wundern sollten, warum wir nicht zahlreicher auf der Strasse waren.

Die Interviews führten und redigierten Hannah und Max, EBF

3. Das Wort «Queer» bezeichnet sexuelle Identitäten, die nicht hetero-normiert und manchmal auch nicht cis-normiert sind. LGBT ist die Abkürzung für «Lesbian, Gay, Bi & Trans»-Personen.

## TÜRKEI

# Für Frieden und Solidarität

**Im Mittleren Osten und in der Türkei finden seit einigen Jahren folgenschwere Entwicklungen statt. Seit der Beendigung des Friedensprozesses mit der kurdischen Bewegung setzt die Türkei auf Repression gegen alle oppositionellen Kräfte, insbesondere gegen kurdische Politikerinnen und Politiker.**

Die grundlegenden demokratischen Rechte werden verletzt und Tausende von Menschen verhaftet, darunter Abgeordnete, Bürgermeister-innen, Gewerkschafter-innen, Intellektuelle, Medienschaffende und Menschenrechtsaktivist-inn-en. Diese Politik zerstört die Demokratie und wird laufend verschärft, insbesondere nach der völkerrechtswidrigen, militärischen Besetzung von Afrin durch die Türkei.

Wir, die unterzeichnenden Organisationen und Personen, setzen uns dafür ein, dass in der Türkei die schweren und systematischen Menschenrechtsverletzungen aufhören, dass demokratische Verhältnisse geschaffen und mit der kurdischen Bewegung die Friedensgespräche wieder aufgenommen werden.

Wir solidarisieren uns mit den politischen Gefangenen und fordern deren Freilassung. Die aus politischen Gründen Entlassenen müssen wieder eingestellt werden. Unsere Solidarität gilt auch den Menschen, die aus politischen Gründen die Türkei verlassen mussten und in der Schweiz Asyl suchen.

### Schwere Menschenrechtsverletzungen

Im Bericht des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) vom Februar 2017 wurde festgehalten, dass die vom türkischen Staat in den kurdischen Provinzen zwischen Juli 2015 und Dezember 2016 angewandten Praktiken schwere Menschenrechtsverletzungen darstellen. Hunderte von Menschen wurden beispielsweise in Cizre und Sur getötet und ganze Stadtteile zerstört. Mehr als 400'000 Menschen mussten ihren Lebensraum verlassen. Infolgedessen wurden Tausende zu politischen Flüchtlingen. Für diese schwerwiegenden Straftaten sind die Verantwortlichen bis heute nicht zur Rechenschaft gezogen worden.

Demokratisch gewählte Parlamentarier-innen, einschliesslich die beiden Co-Vorsitzenden der HDP, Selahattin Demirtas und Figen Yüksesdag, wurden ohne

Rechtsgrundlage verhaftet und neun weitere HDP-Abgeordnete aus dem Parlament ausgeschlossen. Mehr als 80 kommunale Co-Bürgermeister-innen wurden verhaftet und 95 HDP/DBP-Gemeinden der Zwangsverwaltung unterstellt.

### Ausnahmezustand, Aufhebung von Rechtsstaat und Demokratie

Die Ausrufung des Ausnahmezustands ermöglichte es, mittels Regierungsdekretten über 100'000 öffentliche Angestellte und Arbeiter-innen, insbesondere Lehrkräfte von Schulen und Universitäten, zu entlassen. Zahlreiche Institutionen wurden geschlossen und eine grosse Zahl ihrer Mitglieder und Funktionäre verhaftet.

Mit dem Ausnahmezustand und den erlassenen Dekreten wurden die Grundprinzipien des Rechtsstaats aufgegeben und die Unabhängigkeit der Justiz abgeschafft. Richter-innen, Jurist-innen und Anwalt-innen wurden verhaftet oder können ihrer Arbeit nicht mehr nachgehen. Die Möglichkeit, auf juristischem Weg Recht einzufordern, ist nicht mehr gegeben.

Gegen Journalist-inn-en, die über die Geschehnisse berichteten, wurden Strafverfahren eingeleitet und Dutzende von unabhängigen Medien geschlossen. Ebenso sind Verteidiger-innen der Menschenrechte verhaftet und unter Anklage gestellt worden. Die Meinungsäusserungs- und Vereinigungsfreiheit wurden abgeschafft. So wurde jüngst der Vorstand der türkischen Ärztekammer verhaftet, weil er gegen den Einmarsch des türkischen Militärs in Afrin protestiert hatte.

### Konkret setzen wir uns für folgende Ziele ein

- Wir fordern die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse statt der faktischen Fortführung des Ausnahmezustands.
- Wir fordern die Gewährung und Sicherung der demokratischen Partizipationsmöglichkeiten für alle, insbesondere für die Frauen.
- Wir fordern freie Medien, ein säkulares Bildungswesen und die

Freiheit der akademischen Lehre sowie der kulturellen Betätigung.

- Wir fordern die Wiedereinsetzung der gewählten Parlamentarierinnen und Bürgermeisterinnen.
- Wir rufen dazu auf, Erdogans Politik der Spaltung der Gesellschaft zu durchbrechen und eine Zusammenarbeit der demokratischen Opposition aufzubauen.
- Wir fordern Frieden in Kurdistan und ein Ende der militärischen Aggression sowie den Rückzug der Türkei aus Nordsyrien!
- Dazu sollen die vor zehn Jahren unter Einbezug von Abdullah Öcalan initiierten Friedensgespräche wieder aufgenommen werden.
- Wir fordern den Wiederaufbau der zerstörten Städte in Nordkurdistan und die Rückkehr der vertriebenen Bevölkerung.
- Wir fordern die Freilassung aller politischen Gefangenen.
- Wir fordern ein Ende der politischen Beeinflussung der Justiz und eine grundlegende Reform der türkischen Justiz.
- Alle aus politischen Gründen entlassenen Angestellten und Arbeiterinnen müssen unverzüglich wiederingestellt werden und Wiedergutmachung erhalten.
- Die Organisationsfreiheit und das Streikrecht müssen gewährleistet sein.
- Wir fordern von den schweizerischen Behörden, alle auf die Einhaltung der Menschenrechte zu verpflichten, die in der Türkei wirtschaftlich aktiv sind.
- Die Verpflichtungen zur Einhaltung der Kernübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und damit der grundlegenden Gewerkschaftsrechte im ergänzten Freihandelsabkommen mit der Türkei dürfen kein toter Buchstabe bleiben und müssen in allen wirtschaftlichen Aktivitäten der Schweiz in der Türkei strikt eingehalten werden.
- Wir fordern den Bundesrat auf, seine Menschenrechts- und Friedenspolitik unter Einbezug der zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Türkei zu intensivieren.
- Wir lehnen Gewalt gegen die Zivilbevölkerung unter allen Umständen ab und rufen alle Konfliktparteien dazu auf, das humanitäre Völkerrecht strikt einzuhalten.
- Wir rufen dazu auf, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit fortlaufend zu dokumentieren und dem internationalen Strafgerichtshof zur Aburteilung der Täter vorzulegen.
- Wir rufen den Bundesrat zudem auf, sich im Rahmen der UNO, des Europarates und der OSZE für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte in der Türkei einzusetzen.

- Wir fordern von den schweizerischen Behörden eine rasche Anerkennung der Asylgesuche der Flüchtlinge aus der Türkei und damit die Klärung ihrer Aufenthaltsbedingungen.
- Wir fordern von den schweizerischen Behörden, dass Asylsuchende auf keinen Fall in die Türkei oder Drittstaaten zurückgeführt werden. Eine polizeiliche Zusammenarbeit auf politischem Gebiet darf es nicht geben.
- Wir fordern den Bundesrat auf, dem Missbrauch von Interpol-Haftbefehlen durch die türkischen Behörden den Riegel zu schieben. Die Schweizer Diplomatie muss

sich europaweit für die sofortige Freilassung aller einsetzen, die in der Schweiz politisches Asyl erhalten haben und trotzdem irgendwo verhaftet worden sind.

Die Plattform für Frieden und Solidarität setzt sich aktiv für diese Ziele ein. Organisationen und Einzelpersonen sind eingeladen, sich dieser Plattform anzuschliessen und aktiv an der Realisierung der Ziele mitzuarbeiten.

Plattform für Frieden und  
Solidarität  
Bern/Zürich, 16. 8. 2018

Kontakt und Liste der Erstunterzeichnenden:  
plattform@solifonds.ch

sollte. Wir wollten engagierte Menschen im Mittelmeerraum versammeln – aus Griechenland, Italien, Marokko, Spanien und Frankreich –, um die verschiedenen Formen der Migration zu erfassen, die alle von ökonomischem Utilitarismus, der unstabilen Arbeitssituation und den schlechten Wohnbedingungen geprägt sind. Diese schwierigen Umstände gründen auf den zahlreichen prekären Arbeitsverträgen wie der Arbeitsbewilligung für ein oder zwei Jahre, dem Saisonarbeitsvertrag OMI, dem Arbeitsvertrag OFII (Einwanderungsbehörde) oder dem Status für Asylbewerberinnen. Hinzu kommt die Verdrängung der Papierlosen in die Illegalität. All dies beruht auf der ungleichen Behandlung der Menschen, je nach dem aus welchen Ländern oder Kontinenten sie stammen. An dem Treffen versuchten wir gemeinsame Perspektiven aufzuzeichnen und versammelten uns in drei Diskussionsgruppen:

- Koordination von gewerkschaftlichen Kämpfen für die Rechte der Ausländer.
- Integration der Kämpfe gegen die Ausbeutung der ausländischen Arbeitskräfte in die Dynamik von bäuerlichen Alternativen.
- Entwicklung von Mechanismen für Auseinandersetzungen auf internationaler Ebene, gemeinsam mit existierenden Netzwerken und Plattformen.

### Verteidigung der Rechte der Saisonarbeiterinnen

Hier ging es darum, Verbindungen zu schaffen und gemeinsam voran zu kommen. Die Vertreterinnen aller Organisationen waren der Meinung, dass sich die Verteidigung der Rechte der Saisonarbeiterinnen auf die Arbeit einer lokalen Basisorganisation stützen muss, die mit den aktiven Gruppen in der Region zusammenarbeitet und möglichst breite und vielfältige Allianzen schafft. Neue Realitäten oder während Jahren unsichtbare oder versteckte Situationen bedingen eine ständige Weiterbildung dieser Gruppen. Die Informationsarbeit für die Arbeiterinnen und die Denunzierung ihrer Ausbeutung in den Medien kann durch Dokumente verstärkt werden. Gleichzeitig sind die Unabhängigkeit dieser Kämpfe und die Beteiligung der Betroffenen unabdingbar. Allerdings sind in einer zweiten Phase die Verbindungen dieser lokalen Gruppen mit Organisationen, die auf nationaler und internationaler Ebene arbeiten, entscheidend. Gewerkschaften für Landarbeiterinnen wie die «Nationale Föderation des Landwirtschaftssektors» (FNSA)

## MIGRATION UND LANDWIRTSCHAFT

# Mobilisierungen für die Rechte der Landarbeiterinnen

### Wie kann die Ausbeutung der ausländischen Landarbeiterinnen, die in der intensiven Landwirtschaft im Mittelmeergebiet arbeiten, sichtbar gemacht und bekämpft werden?

Am 17. März 2018 setzten sich Wissenschaftlerinnen, Gewerkschaftsmitglieder und Aktivistinnen an einem Treffen auf dem Mas de Granier, einer Kooperative von Longo Mai in Saint-Martin-de-Crau (Frankreich), mit diesem Aspekt auseinander – er wird in der heutigen Kritik der globalisierten Landwirtschaft oft vernachlässigt. Vorausgegangen war ein Austausch im Rahmen des 5. Internationalen Seminars «Migration und Landwirtschaft im Mittelmeerraum: arbeiten, produzieren und leben im globalisierten System der Nahrungsmittelproduktion» im Mucem (Museum der Zivilisationen Europas und des Mittelmeergebiets) in Marseille am 15. und 16. März 2018. Der selbstverwaltete Hof Mas de Granier liegt in der Crauebene und ist seit fünfzehn Jahren an den Aktionen des «Kollektivs zur Verteidigung der ausländischen Saisonarbeiterinnen in der Landwirtschaft» (CODETRAS) im Departement Bouches-du-Rhône beteiligt.

### Rückschau 2000 bis 2018

Im Februar 2000 organisierte das Europäische BürgerInnenforum (EBF) eine Delegation nach

Andalusien, um die rassistischen Pogrome in El Ejido zu untersuchen. Anschliessend wurde auf dem Mas de Granier ein Treffen über «Die Ausbeutung der Arbeitskraft in der intensiven Landwirtschaft in Europa – heute und morgen» organisiert. Rund fünfzig Forscherinnen und Mitglieder von sozialen Organisationen versammelten sich, um die Lebensbedingungen der Landarbeiterinnen zu untersuchen und die garantierten Rechte aufzulisten, die zum grossen Teil in der mondialisierten Landwirtschaft nicht respektiert werden. Ziel dieser Versammlung war es, die lokalen Protestaktionen aufzulisten, die Zusammenarbeit und Koordination zwischen Gewerkschafterinnen, Vereinsmitgliedern, Akademikerinnen und engagierten Freiwilligen zu verstärken und diese Informationen einem breiten Publikum zugänglich zu machen. Der Schwerpunkt der diskutierten Themen drehte sich um die Solidarität, den Austausch in den Netzwerken und auch um die Forderung, dass die Verteidigung der Rechte der ausländischen Saisonarbeiterinnen in der «Charta für Nahrungsmittelsouveränität» Aufnahme finden

in Marokko oder die andalusische SOC/SAT in Spanien entwickelten eine internationale Zusammenarbeit, um ihre lokalen Kämpfe zu verstärken. Die Wichtigkeit des ausländischen, grösstenteils europäischen Kapitals, vor allem in der Region Souss Massa in Marokko (Industrielandwirtschaft für den Export nach Europa), beweist die Notwendigkeit der Internationalisierung dieses Engagements. Denn gerade dort finden die heftigsten gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen statt. Die Kamerad:inn-en der FNSA Souss Massa wiesen darauf hin, dass die Zusammenarbeit mit ausländischen NGOs und Gewerkschaften, z.B. mit der holländischen Gewerkschaft FNV, dazu dienen, neue lokale Sektionen aufzubauen. Einige der wichtigsten Kämpfe in den letzten Jahrzehnten in dieser Region wurden in Grossbetrieben mit französischem Kapital wie Soprofel oder Azura geführt. Die Einschüchterungsversuche und Repressionen gegen die Arbeiter:innen und die Gewerkschaften vor Ort müssen denunziert werden. Es braucht die Unterstützung der hiesigen Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Konsument:innen. Mit einer transnationalen Koordination können die Grosskonzerne an ihren Firmensitzen behelligt werden. Dies kann ein wichtiger Faktor sein, um gegen die wirtschaftliche Kraft dieser Unternehmen und die «moralische Unschuld» dieser Multis anzukommen, die ihre Produktion in Billiglohnländer verlegt haben. Auch Informationsbroschüren für die Saisonarbeiter:innen über ihre Rechte in ihrer jeweiligen Sprache erwiesen sich als sehr hilfreich, wie dies für rumänische Landarbeiter:innen, die in Spanien arbeiteten, der Fall war.

### Erfahrungsaustausch

Netzwerke aufzubauen und aufrechtzuerhalten, die eine koordinierte Kommunikation und Aktionen ermöglichen, bleibt eine Herausforderung, aber wir verfügen doch über einige Erfahrungen. In den vergangenen zwanzig Jahren fanden zwischen Aktivist:innen und Forscher:innen mehrere Foren und Treffen statt, auf die wir zurückgreifen können. Auf Initiative der *Confédération Paysanne* (progressive französische Bauergewerkschaft) führte der Verein *Echanges et Partenariats* (Austausch und Partnerschaft) Untersuchungen durch. Es entstand ein Netzwerk der Zusammenarbeit zwischen engagierten Forscher:innen und bäuerlichen und gewerkschaftlichen Organisationen. Das EBF beteiligt sich seit 2000 an den

### Prozess gewonnen!

Naïma Es Salah hat endlich, nach sechzehn Jahren, definitiv vor einem Arbeitsgericht in Frankreich gewonnen. Naïma Es Salah aus Marokko prozessierte gegen ihren Arbeitgeber, einen industriellen Grossproduzenten von Pfirsichen in Südfrankreich. Dieser hatte ihren Mann nach einem Arbeitsunfall fristlos entlassen. Beide, sie und ihr Mann, waren unter Saisonarbeiterstatut, welches die Arbeitnehmer:innen verpflichtet, bereits im Herkunftsland den Arbeitsvertrag abzuschliessen: Sie waren somit, wie alle anderen OMI-Saisonarbeiter:innen, dem Chef völlig ausgeliefert. Naïma revoltierte mit viel Mut und Ausdauer gegen dieses Statut und die ungerechte Behandlung. Das «Kollektiv zur Verteidigung der ausländischen Saisonarbeiter:innen» (CODETRAS) stand ihr dabei zur Seite. Am 19. Januar 2019 konnten wir endlich das Ende der unzähligen Gerichtsverhandlungen und die Verurteilung dieses Agrarmanagers feiern, der nicht davor zurückgeschreckt war, seine Arbeiter:innen zu falschen Zeugenaussagen zu zwingen, um Naïma anzuschwärzen. Nun muss er eine (kleine) Entschädigung von 25'000 Euro bezahlen.

Kämpfen gemeinsam mit der SOC/SAT in Andalusien, mit dem CODETRAS in Frankreich und in Österreich unterstützte das EBF den Streik von rumänischen Landarbeiter:innen. Auch die Erfahrungen des Seminars «Migrationen und Landwirtschaft», das in verschiedenen europäischen Städten organisiert wurde und 2019 in Marokko stattfinden wird, ist für Aktivist:innen und Forscher:innen ein wichtiger Raum für Kräftebündelung und gegenseitige Hilfe. Es wäre allerdings an der Zeit, eine digitale Plattform zu schaffen, um Informationen von jedem Kollektiv aufzubewahren und so den Austausch von Informationen und Kenntnissen zu verbessern.

Eine der aktuellen Initiativen für eine internationale Koordination: die Kamerad:inn-en vom SOC/SAT engagieren sich in der Arbeitsgruppe von *Via Campesina* «Migration und ausländische Saisonarbeiter:innen»; sie organisieren Treffen, publizieren kollektive Schriften und koordinieren Informationskampagnen über die Rechte der Landarbeiter:innen auf europäischer Ebene.

Die Veröffentlichung der europäischen Richtlinie für entsandte Arbeitnehmer:innen vom 9. Juli 2018<sup>1</sup> ist eine Gelegenheit, um diese Kampagne bekannt zu machen. Es geht um die Denunzierung der juristischen, politischen und sozialen Instrumente, welche die Fremdarbeiter:innen im Landwirtschaftssektor in Europa und den angrenzenden Ländern verletzbar und wehrlos machen (Rolle der Unternehmen für Interimsarbeit, Programme für zeitlich begrenzte Immigration). Für eine wirksame Kampagne ist eine doppelte Anprangerung notwendig: einerseits die Industrielandwirtschaft, gefördert durch die europäische Agrarpolitik, und andererseits der Utilitarismus der Verelendung, verursacht durch die Migrationspolitik, als Hauptursachen für die Ausbeutung der Arbeiter:innen.

### Verstärktes Zusammengehen

Die Erfahrung von *Via Campesina* auf internationaler Ebene, aber auch andere Kenntnisse auf lokalem und nationalem Niveau weisen darauf hin, dass die Koordinationen zwischen Bäuerinnen, Bauern und Landarbeiter:innen auf Schwierigkeiten im Kampf gegen einen globalisierten Produktivismus in der Landwirtschaft stossen. Es gibt jedoch Initiativen wie *SOS Rosarno*, eine bäuerliche Alternative in Form einer Kooperative, die Fremdarbeiter:innen und lokale Kleinbäuerinnen und -bauern in Süditalien vereint. Die Diskussionen um eine mögliche Konvergenz der Auseinandersetzungen zeigen auf, wie schwierig ein Zusammengehen ist. Einerseits gibt es Widersprüche in den kurzfristigen Interessen zwischen Saisonarbeiter:innen und Bauern/Bäuerinnen, andererseits begünstigen die rassistischen Spannungen gegen Ausländer:innen Zwietracht und Gräben. Der Feind hingegen, den es zu bekämpfen gilt, ist für Bauern/Bäuerinnen und Fremdarbeiter:innen der gleiche; beide leiden sie unter der industriellen und produktivistischen Landwirtschaft, die von mächtigen Konzernen kontrolliert wird. Vorschläge für ein Bündnis waren im Zentrum der Überlegungen von Nico Duntze von der *Confédération Paysanne*: Er ging von der Figur «des Arbeiters der Erde» aus und dem Anrecht auf ein akzeptables Einkommen für Saisonarbeiter:innen und Bäuerinnen/Bauern. In der Arbeitsgruppe wurde auch betont, dass Bündnisse eingegangen werden müssen, um Kämpfe zu gewinnen. Die Konsument:innen müssen vermehrt einbezogen werden, Stadt und Land muss stärker zusammenspannen und das verstärkte Interesse des Bürgers/der Bürgerin für eine gesunde Ernährung und den Schutz der Natur, dank einer Landwirtschaft ohne Pestizide, sollte vermehrt berücksichtigt werden. Ziel wäre es, die Probleme der Nahrungs-

mittelproduktion zu beleuchten und das Recht auf gesunde Ernährung mit dem Recht auf Arbeit und ein akzeptables Einkommen für Arbeiter:innen und Bäuerinnen/Bauern zu verbinden. 2016 entstand in Rom das Netzwerk *Fuori Mercato*, das Projekte der gemeinsamen Ökonomie verbindet, die Verteidigung des Territoriums, die Ausbeutung der Arbeit und die Rechte der Frauen und der LGBTs («Lesbian, Gay, Bi & Trans»-Personen).

Die Verbindungen, welche die Kolleg:inn-en von *Fuori Mercato* zwischen den verschiedenen Konflikten schaffen wollen, verdeutlichen die Notwendigkeit von ständigen Allianzen zwischen verschiedenen Kollektiven in der Auseinandersetzung um Arbeits- und Lebensbedingungen der Wander-Saisonarbeiter:innen. Das gilt vor allem auch für Organisationen, die sich für die Rechte der ausländischen Arbeiter:innen einsetzen. Die Bedeutung dieser Allianzen zeigte sich im Kampf von CODETRAS: 1'200 Saisonarbeiter:innen aus Marokko und Tunesien unter OMI-Vertrag (Saisonarbeitsvertrag) in der Crau (Departement Bouches-du-Rhône) konnten ihre prekäre Situation dank einer Aufenthaltsbewilligung verbessern. Unlängst organisierte sich eine Bewegung von Papierlosen und Geflüchteten in Caserta (Italien) vor allem afrikanische Arbeiter:innen, um ihre Situation zu legalisieren, dank der Unterstützung der lokalen autonomen Besetzer:innenbewegung. Sie kombinierten juristische Auseinandersetzungen mit direkten Aktionen wie Sit-ins, Streiks und Demonstrationen, wenn das Risiko auf Ablehnung zu gross wurde. Sie erkämpften sich so fast 8'000 Aufenthaltsbewilligungen. In beiden Fällen erhielten sie die Papiere mit dem Recht auf Arbeit. Wie geschehen auch im Kampf der CGT (kommunistische Gewerkschaft in Frankreich) in Paris mit der Parole: «ohne Papiere, aber nicht ohne Rechte».

Frédéric Décosse,  
Emmanuelle Hellio,  
Béatrice Mesini,  
Juana Nieto-Moreno  
Aix Marseille Universität, CNRS<sup>2</sup>,  
Aix-en-Provence, Frankreich

1. Directive (UE) 2018/957 des Europäischen Parlaments und Rates vom 28. Juni 2018, betreffend der Entsendung von Arbeitnehmer:innen im Rahmen einer Dienstleistung.

2. CNRS: Centre National des Recherches Scientifiques

# Literaturpreis für Menschenrechte

Die unermüdliche Journalistin und Filmemacherin Marie-Monique Robin ist für ihren Film «Roundup, der Prozess» und das dazugehörige Buch mit dem Literaturpreis für Menschenrechte ausgezeichnet worden.

Diese Auszeichnung wird seit 1984 von der Organisation «Nouveaux Droits de l'Homme» für engagierte Publikationen verliehen. Überreicht wurde der Preis am 14. Dezember durch Nicolas Hulot, ehemaliger französischer Umweltminister.

In «Roundup, der Prozess» legt sie sich erneut mit Monsanto an. Schon in ihrem 2008 erschienenen Film und gleichnamigen Buch «Monsanto – mit Gift und Genen» prangerte Marie-Monique Robin die katastrophalen Folgen des von diesem multinationalen Konzern vermarkteten Herbizides Roundup an. In ihrem neuesten Werk zeigt sie auf, dass angesichts der Machtlosigkeit oder des mangelnden Willens von Behörden und Regierungen die Zivilgesellschaft handeln muss, um einen der grössten Gesundheits- und Umweltskandale der modernen Geschichte zu beenden. Im Oktober 2016 fand in Den Haag das Internationale

Monsanto Tribunal statt, an dem Richter:innen und Opfer Roundup den Prozess machten. Szenen aus dem Tribunal, das unter dem Patronat von Marie-Monique Robin stand, ziehen sich als roter Faden durch Film und Buch – die Gefährlichkeit von Glyphosat, dem Hauptwirkstoff von Roundup, wird aufgezeigt und bewiesen: Es ist eine krebserregende und hormonaktive Substanz, die Böden, Pflanzen, Tiere und Menschen krank macht und tötet.

Wir freuen uns, dass diese mehr als verdiente Auszeichnung an eine Frau ging, die seit Jahrzehnten unermüdlich Missstände unseres Wirtschaftssystems anprangert und dies – davon sind wir überzeugt – auch in Zukunft tun wird.

Esther Gerber, EBF

*Roundup, der Prozess*, Dokumentarfilm, Frankreich 2017, Arte  
*Roundup, face à ses juges*, éditions La découverte

## MEXIKO

# Solidarität mit dem zapatistischen Widerstand

**Wir, Akademiker:innen, Intellektuelle, Künstler:innen, Aktivist:innen, Menschen guten Willens sowie Organisationen, Vereinigungen und Kollektive verschiedener Länder bekunden unsere Solidarität mit der EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional, Zapatistische Armee zur nationalen Befreiung) und unsere Unterstützung in einem entscheidenden, historischen Augenblick. Wir verurteilen die Verleumdungskampagne, durch welche Lügen und Fehlinformationen über die EZLN verbreitet werden.<sup>1</sup>**

Für uns und zahlreiche Menschen weltweit ist der Kampf der Zapatist:innen ein Beispiel für Widerstand, Würde, Zusammenhalt und politische Kreativität. Vor 25 Jahren formte sich unter dem Schlagwort *Ya Basta* eine starke Bewegung als eine der ers-

ten bedeutenden Reaktionen auf die neoliberale Globalisierung, wegweisend in ihrer Kritik an der damals so unfehlbar scheinenden Marktwirtschaft. Ihr Kampf ist, damals wie heute, Ausdruck des Widerstandes gegen die Unterdrückung und Verachtung der in-

### ABONNEMENT

Ich abonniere «Archipel» und überweise für ein Jahresabonnement den Betrag von 60 sFr, 40 Euro auf Konto:  
**Schweiz:** Europäisches BürgerInnenforum PC 40-8523-5  
**Deutschland:** Europ. Kooperative, Raiffeisenbank, Malchin, BLZ 15061698, Konto 201084194 Vermerk: Archipel oder EBF  
**Österreich:** Konto EBF, Posojilnica-Bank, Eisenkappel, IBAN: AT70 3910 0000 0805 5451, BIC: VSGKAT2K

Ich bestelle ..... Exemplare von Archipel zum Vertrieb  
 Senden Sie 3 Nr. probeweise an beiliegende Adresse

Name ..... Vorname .....

Strasse .....

PLZ ..... Ort ..... Land .....

Mail .....

digenen Bevölkerung. Die Selbstverwaltung der Zapatist:innen mittels ihrer *Juntas de Buen Gobierno* (Gute Regierungsräte) ist ein Beispiel echter Demokratie, radikal und inspirierend. Die Struktur der autonomen Verwaltung ist das Ergebnis kontinuierlicher, kritischer Reflexion, ein emanzipatorisches Projekt, das alternative Wege geht und Hoffnung erzeugt in einer von wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Krisen geprägten Welt.

### Zerstörerische Grossprojekte

Die Lage der zapatistischen Gemeinschaft und der indigenen Bevölkerung Mexikos ist beunruhigend. Bergbau, Tourismus, industrielle Landwirtschaft und grosse Infrastrukturprojekte werden massiv gefördert, zerstören ihr Land und gefährden die Lebensweise der Zapatist:innen. Besonders zwei Grossprojekte der neuen mexikanischen Regierung bereiten Anlass zur Sorge: So sind eine riesige Forstplantage von einer Million Hektar für den kommerziellen Holzbau und eine neue Eisenbahnstrecke geplant. Dieser sogenannte *Tren Maya* (Maya-Zug) soll Tourist:innen in die bisher unerschlossenen Regionen des mexikanischen Regenwaldes befördern. Eingeleitet wurde der Bau mit einer pseudorituellen Zeremonie, die von der EZLN als Demütigung und Provokation gewertet wird. Abgesehen von der zu erwartenden touristischen Entwicklung und der damit einhergehenden Umweltzerstörung ist das Vorhaben auch auf rechtlicher Ebene fragwürdig: Das Vorgehen der mexikanischen Regierung steht in klarem Widerspruch zur 169. Konvention der IAO (Internationale Arbeitsorganisation) sowie zur «UNO-Erklärung über die Rechte indigener Völker», die beide vom mexikanischen Staat unterzeichnet wurden und auf

Rücksprache und Zustimmung verpflichtet, was die indigenen Territorien angeht.

Wir teilen die radikale Ablehnung der EZLN gegenüber den genannten Grossprojekten und allen anderen Vorhaben, welche das Land und die Lebensweise der dort lebenden Menschen schwerwiegend beeinträchtigen. Wir verurteilen im Voraus alle Angriffe auf zapatistische Gemeinschaften, sei es durch den mexikanischen Staat oder andere bewaffnete oder unbewaffnete zivile Gruppen. Wir werden die mexikanische Regierung für alle Konflikte verantwortlich machen, die als Folge der beschriebenen Entwicklung aufkommen könnten.

Wir rufen alle Menschen dazu auf, die aktuelle Welle an Fehlinformationen über die Zapatist:innen und die Grossprojekte zu demaskieren und sich der drohenden Gefahr für die zapatistische Gemeinschaft und die indigenen Völker bewusst zu werden.

Die Unterzeichner:innen<sup>2</sup>

1. Im Juli 2018 hatte der Priester Alejandro Solalinde angegeben, vom zukünftigen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador (AMLO) beauftragt worden zu sein, mit der EZLN in Dialog zu treten. Die EZLN lehnte das Angebot umgehend ab und gab an, dass der Priester ihr gegenüber bisher nur «Lügen, Beschimpfungen, Verunglimpfungen und rassistische und machistische Kommentare» geäußert habe, «mit der Vorstellung verbunden, dass wir nur arme und dumme Indigene seien». Die neue regierende Partei «Morena» ist der Meinung, die EZLN solle die Waffen abgeben, da ja jetzt «die Linke» an der Regierung sei. Es gäbe keinen Grund mehr für ein aktives Fortbestehen der EZLN. Es sei ein politischer Fehler, dass die EZLN sich selbst ausgrenze und nicht am Transformationsprozess Mexikos mitarbeiten wolle.

2. Arundhati Roy (Schriftstellerin, Indien), Winona Laduke (indigene Aktivistin und Ökonomin, USA), Immanuel Wallerstein (Soziologe, USA), Ignacio Ramonet (Journalist, Frankreich), Toni Negri (Philosoph, Frankreich), Ofelia Medina (Schauspieler:in, Mexiko) und mehrere hundert Intellektuelle, Wissenschaftler:innen, Künstler:innen und solidarische Organisationen aus der ganzen Welt.  
Die ganze Liste unter: <https://www.jornada.com.mx/ultimas/2019/01/16/intelectuales-apoyan-al-ezln-y-rechazan-calamnias-6598.html>